

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonat 204.

Anzeigen An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Beitragende oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

17.

Sonnabend, den 27. April 1918.

22. Jahrgang.

Schöner Erfolg wegen der Anerkennung als Schwerstarbeiter.

Die Eingabe der Zahlstelle Dresden-Pirna über die Anerkennung der Steinarbeiter als Schwerstarbeiter, worüber der Vorsteher der Kollegen Emil Dredahl nachstehender Bescheid ausgegangen, den wir im Interesse der deutschen Steinarbeiter mit vollen Dank veröffentlichen:

Kommunalverband Dresden-Pirna und Umgebung, Dresden-P., am 9. April 1918, Hauptstr. 5, III.

Das Bescheid vom 2. April 1918 hat der Ausschuss für Gewerbe und Industrie im Kommunalverband Dresden-Pirna und Umgebung beschlossen, folgende Gruppen der Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anzuerkennen: Alle in Sand- und Hartsteinbrüchen beschäftigten Steinarbeiter, die Transportarbeiter und die an den Steinbrechern in den den Steinbrüchen angegliederten Steinhauereien, die Steinmehlen in den Betrieben zur Herstellung von Mahl- und Mehlmehl.

In Granit- und Marmorbrüchen die Steinmehlen, Schleifer und Polierer, die Schleifer, die Polierer durch ihr Körpergewicht auf das Aufwachen haben. In Frage kommenden einzelnen Betrieben haben besonders um die Zulagen nachzusuchen und zwar, die in der Stadt Dresden, beim Rat zu Dresden, Lebensmittelamt, Hauptstr. 11, Zimmer 40, und die Betriebe in den Bezirken der Königl. Untermannschaften Dresden-Alstadt, Neustadt und Pirna bei den Untermannschaften.

Über den den die Frage, ob es möglich ist, auch den in Sand- und Hartsteinbrüchen beschäftigten Steinarbeiter zu den Schwerstarbeitern zu rechnen, ist der Ausschuss für Gewerbe und Industrie im Kommunalverband Dresden-Pirna und Umgebung, Dresden-P., am 9. April 1918, Hauptstr. 5, III. entschieden. Es ist für die gesamte Kollegenchaft außerordentlich wichtig, Zahlstellen, die sich wiederholt an die Untermannschaften wenden wollen, tun gut, die in der Bescheidener Entscheidung als Anlage mit beizulegen. Besondere Zahlstellen der Hartsteinindustrie sollen sich vorstehende Bewilligung fühlen. Es freut uns, daß die Anerkennung der Schwerstarbeiter durchgesetzt werden kann.

Kommunalverband Dresden und Umgebung, Dresden-P., am 9. April 1918, Hauptstr. 5, III.

Der Entscheid ist für die gesamte Kollegenchaft außerordentlich wichtig, Zahlstellen, die sich wiederholt an die Untermannschaften wenden wollen, tun gut, die in der Bescheidener Entscheidung als Anlage mit beizulegen. Besondere Zahlstellen der Hartsteinindustrie sollen sich vorstehende Bewilligung fühlen. Es freut uns, daß die Anerkennung der Schwerstarbeiter durchgesetzt werden kann.

us Mittweida schreibt man uns, daß die in den in Sand- und Hartsteinbrüchen beschäftigten Arbeiter im Anfang als Schwerstarbeiter anerkannt wurden.

Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter als Mittel gegen den Klassenkampf.

Die Gewinnbeteiligung spielt in der deutschen Unternehmerpresse eine wichtige Rolle. Allen voran in der Deutschen Arbeiter-Zeitung, deren letzte Nummer sich unter dem Titel „Gewinnbeteiligung“ eingehend mit der Zukunft der Lohnarbeiter beschäftigt. Aus dem dem Erscheinen der Erinnerungen des früheren Chefs der Abteilung des Auswärtigen Amtes, Otto Hamann, kritisiert man die Gewinnbeteiligung unserer Regierung gegenüber der Sozialdemokratie. Der Krieg zeigt, daß die Lohnarbeiter sich trotz des Entkommens der Regierung gegenüber ihrer politischen Interessen Grundansatzungen über den Klassenkampf trennen wollen, so wäre der Gedanke der Gewinnbeteiligung in Frage zu stellen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ löst die Frage wie folgt aus: So wird, um einen gedeihlichen Fortschritt zu sichern, kaum etwas anderes übrigbleiben, als das den, die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Bewegung, nämlich die Lohnarbeiter, in erheblicher vermehrter Weise, als es bisher ge- wesen ist, an der Gewinnbeteiligung der Grundlagen unserer Wirtschaft zu beteiligen, um sie damit zu kritischer Nachprüfung der ihr bisher von den politischen Führern eingeprägten Anschauungsweise zu veranlassen. Freilich darf es in dieser Hinsicht keineswegs bei dem Versuch stehen, sondern in rein theoretischer Weise aufzuklären zu wirken. Mehr wäre zu unterforschen, inwiefern es möglich ist, die Überwindung des Interessens von Unternehmern und Arbeitern am Ende der Gewinnbeteiligung praktisch darzulegen.

Diese Praxis läuft nun darauf hinaus, die bisher betätigten Arbeiter, wie sie unter anderem in der Deutschen Arbeiter-Zeitung in dem Artikel „Gewinnbeteiligung“ (Berlin) angewandt wurden, wo der Verlust tragen helfen müßten. Die Deutsche Arbeiter-Zeitung vertritt deshalb auf den letzten Gedanken, das deutsche Aktienrecht zu reformieren, vor allen Dingen den heutigen Mindestsatz von 1000 Mark für die Aktien bedeutend herabzusetzen, damit auch der kleine Mann, Lohnarbeiter, Aktionär werden könne. Die kaufmännischen und technischen Angestellten will man davon aber grundsätzlich ausnehmen. Im Übrigen wird in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ der Vorschlag gemacht, seit fast vier Jahren alles, was französisch oder englisch ist, ver- zehrt. In diesem Falle aber wird namentlich das englische Aktienrecht herangezogen. In England ist es gestattet, daß jeden Personen auf eine Aktie in der Mindesthöhe von 10 Pfund Sterling gleich Mark einschreiben können. Den von Frachtleuten gekauften Aktien gegen die Zulassung kleiner Aktien stellt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ acht Theilen gegenüber, wovon vier des allgemeinen Interesses halber hier wiedergeben wollen: Die Eigenschaften der Aktiengesellschaften, daß sie das Kapital konzentrieren und auch den kleinen Mann zum Großbetriebe zu- führen, wird durch die kleine Aktie gefördert.

2. Bei den Arbeitern würde das Gefühl der Solidarität mit der Unternehmung gesteigert, das Geschäftsinteresse und die Arbeitslust erhöht werden.

3. Das agitatoren so vielfach ausgeübte Scheitern auf die hohen Dividenden würde ein Ende nehmen.

4. Die ganze Stellung der Arbeiterchaft zum kapitalistischen System könnte durch die Einführung kleiner Aktien im günstigen Sinne verändert werden.

Die hier verfolgten Grundzüge gehen keineswegs von der Absicht aus, die Lohnhöhe der Arbeiter zu steigern; nach wie vor ist heute für die Unternehmer und ihre Presse das Motto maßgebend: Herunter von den Kriegslöhnen. Da die Zahl der Arbeiter, welche in gesellschaftlich geleiteten Betrieben arbeitet, unserer Auffassung nach schon die der Arbeiter in Privatbetrieben überwiegt, so ist leicht zu erkennen, welche Ziele das Unternehmerorgan mit diesem Vorschlag verfolgt. Offenheit ist immer eine der wenigen Tugenden gewesen, deren sich die „Arbeiter-Zeitung“ rühmen darf, und so schreibt sie dann auch zum Schluß dieser Abhandlung:

„Damit wäre freilich noch längst nicht alles geleistet. Aber es würde das immerhin einen Schritt auf dem Wege bedeuten, der uns aus dem Wirral des Klassenkampfes hinauszuführen soll in die freie Welt der gerechten Wirtung, was die geltende Wirtschaftsform für den nationalen Gesamtschritt bedeutet.“

Ob dieser Artikel zunächst nur einen Fühler darstellt oder ob dieser Gedanke in der maßgebenden Arbeiterkreise schon ausgebreitet ist, läßt sich noch nicht erkennen. Jedenfalls irrt sich der Verfasser ganz entschieden, wenn er glaubt, die Arbeiterchaft auf diese ausgefahrenen „Neuen Wege“ locken zu können, und sie dadurch aus dem Gleichgewicht ihrer politischen Auffassung zu bringen. Das „demokratisierte“ Kapital, Arm in Arm mit der organisierten Lohnarbeiterchaft, ein wahrhaft königlicher Gedanke!

Richtlinien des Kriegsammtes über die Regelung der Bautätigkeit.

Das Kriegsamt hat am 15. März neue Richtlinien für die Kriegsamtstellen über die Regelung der Bautätigkeit herausgegeben, aus denen folgendes veröffentlicht wird:

Die bisherigen Richtlinien für die Mitwirkung der Kriegsamtstellen bei der Regelung der Bautätigkeit sind für das Baujahr 1918 ergänzt worden. Hauptaufgabe bleibt es, die Ausführungsfähigkeit der Kriegsindustrie auf dem erreichten Stande unbedingt zu erhalten. Der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist in stärkerem Maße als bisher zu fördern. Neue Aufgaben ergeben sich aus der Gestaltung der Wohnungsfrage. Das Kriegsamt hält es für seine Pflicht, durch geeignete Maßnahmen der schon vorhandenen oder zu erwartenden Wohnungsnot vorzubeugen. Die Kriegsamtstellen sind daher angewiesen worden, soweit eine Wohnungsnot wirklich besteht und die Dringlichkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen ist, die erforderlichen Bauten wirksam zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben. Die Feststellung der Dringlichkeit erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilbehörden. Zu betrachten kommen:

A. Um- und Ausbauten, insbesondere Umbau von größeren Wohnungen durch Zerlegung in kleinere, eine Maßnahme, die meist ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar und nach Möglichkeit zu fördern sein wird. Außerdem stehen in Frage Ausbau der Dachböden für Wohnzwecke sowie Neuanlage von Kellerwohnungen; letztere sind jedoch nur zulässig in ganz besonderen Fällen und unter baulich und gesundheitlich besonders günstigen Verhältnissen bei schärfster Beurteilung.

B. Neuanbauten, zum Beispiel Baracken in behelfsmäßiger Ausführung, ein Hilfsmittel zur beschleunigten Beseitigung der Wohnungsnot, das nur in dringenden Ausnahmefällen zu empfehlen ist.

C. Neubauten: a) Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauten: Die Weiterführung ist von Fall zu Fall zu prüfen und kann, wenn es die Verhältnisse erlauben, namentlich bei geringen Anforderungen an beschlagene Baustoffen genehmigt werden. b) Bau von Einzelwohn- und Gruppenhäusern: Die Anträge sind von Fall zu Fall zu prüfen, jedoch unter schärfster Beurteilung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. Luxusbauten sind verboten. c) Kleinwohnungsbauten sind mit allen Kräften zu fördern. Anträge aus der Industrie auf Herstellung von Arbeiterwohnungen sowie seitens der Gemeinden sind der Bauprüfstelle umgehend zur Prüfung vorzulegen. Die Genehmigung ist abhängig zu machen von der Zustimmung der zuständigen Landes- und Gemeindebehörden.

Die Kriegsamtstellen sind angewiesen worden, die zur Förderung dieser Aufgaben etwa erforderlichen Einzelbesenpe oder grundsätzliche Dispense von den bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei den zuständigen Behörden zu erwirken. Eine Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem nach dem Kriege die unter A genannten neu entstandenen Wohnungen geräumt werden müssen, hat durch die jeweils zuständigen Regierung (in Preußen durch den Herrn Oberpräsidenten) zu erfolgen.

Für die Ausführung der notwendigen Baustoffe ist als Grundsatz festzuhalten, daß die nächstgelegenen Bezugsquellen zu wählen sind und daß Landfuhrwerk sowie Wasserwege für den Transport möglichst ausgenutzt werden.

Diese neuen Richtlinien geben wenigstens nach einer Richtung hin die Möglichkeit, die herrschende Wohnungsnot zu bekämpfen. Es ist aber noch wie vor dringend zu fordern, daß auch sonst alle möglichen Maßnahmen zur Förderung der Wohnungsnot getroffen werden. Insbesondere ist die Baustoffherstellung mit allen Kräften zu beschleunigen.

Bertenerung der schwedischen Pflastersteine.

Ueber dieses Thema macht Genosse Duoll in der Arbeiter-Zeitung nachstehende Ausführungen, denen wir im ersten Teil absolut nicht beizupflichten vermögen. Knoll schreibt: „Wie die Zeitung „Der Steinbruch“ mitteilen weiß, hat der Steinbruchbesitzer-Verband in den schwedischen Provinzen Skonen und Blekinge beschlossen, eine erhebliche Steigerung der Verkaufspreise für Pflastersteine einzutreten zu lassen. Die Notwendigkeit wird begründet mit der Erhöhung der Herstellungskosten.“

dieser Preissteigerung, die sich zunächst ja nur auf die erhöhten Herstellungskosten gründet, auch noch eine sehr bedeutende Erhöhung der Frachtkosten kommen wird. Aus der Tagespresse wissen wir, daß schwedischer Schiffsraum gleichfalls schon unter den Bedingungen des Seerrieges gelitten hat; wir wissen ferner, daß die Entente, besonders England, neuerdings einen großen Teil der schwedischen Schiffsraum mit Gewalt weggenommen hat, von dem im weiteren Verlaufe des Krieges auch noch ein nicht ganz kleiner Teil den deutschen U-Booten zum Opfer fallen wird, weil es nunmehr ja feindliche Schiffe geworden sind — all das wird naturgemäß zur Folge haben, daß auch schwedischer Schiffsraum nach dem Kriege ein Vielfaches dessen kosten wird, was er vor dem Kriege gekostet hat. Ja es ist nunmehr anzunehmen, daß unter diesen Umständen in dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege die Transportkosten so hohe sein werden, daß die Pflastersteine ein so hohe Transportquote überhaupt nicht mehr werden tragen können.

Auf der anderen Seite bleibt aber die Lastfrage bestehen, daß die Pflastersteine, an denen bisher die schwedischen Pflastersteine verarbeitet wurden, so weit von den deutschen Pflastersteinherstellungsorten entfernt liegen, daß auch die hier erzeugten Pflastersteine nicht bahngelangen können, ohne eine so hohe Belastung durch die Transportkosten zu erfahren, daß sie praktisch für die Verwendung untauglich sind. Beläufig ein Umstand, den unsere Freunde, die Steinarbeiter, bei ihrer neueren Entscheidung zum Pflastersteinsoll ganz und gar nicht in Berücksichtigung ziehen zu wollen scheinen.

Aber unter den hier dargelegten Umständen erscheint uns heute die Gefahr des Pflastersteinsollens praktisch von geringerer Bedeutung als das Steingewerbe zu sein, als eben die aus anderen Gründen und Sicherheit einwirkende Bertenerung der Pflastersteine. Wenn hier nicht bei Zeiten alle nur möglichen und denkbaren Maßnahmen getroffen werden, dann — das steht unweigerlich fest — gerät das deutsche Steingewerbe in eine ungemein schwierige Lage, in eine Lage, die sich zu Katastrophe auswachen kann!

Aber wenn unsererseits immer wieder betont wird, daß wir ganz besonders das Kleinpflaster in den Vordergrund stellen und betonen müssen, so einmal, weil dies das relative größte Kleinpflaster ist — und sodann, weil es gerade bei umfangreicher Verwendung selbst am ehesten gelingen würde, den Pflastersteinsoll zu beseitigen. Die Herstellung von Kleinpflastersteinen, die bekanntlich für große Uebung und sehr viel fruchtbarere Arbeit, beschleunigt naturgemäß eine weit größere Zahl von Arbeitskräften, als die Herstellung von Kleinpflastersteinen. Selbstverständlich können auch diese nicht von ungeheurer Anzahl werden; aber — das braucht unter Fachleuten nicht erst wieder einandergelehrt zu werden — sie erfordern doch relativ und absolut erheblich weniger Arbeitszeit als Kleinpflastersteine, die an allen Stellen und Flächen bestimmte Ausmaße und Mindestanzahl an Arbeitskräften müssen. Es kommt hinzu, daß ja auch die deutsche Steinindustrie mit gesteigerten Herstellungskosten zu rechnen hat und sich auch aus diesen Grunde in Zukunft vielfach die Verwendung der leeren Kleinpflastersteine verbieten wird. (1) Zudem kann die Produktion von Kleinpflastersteinen noch gesteigert und damit möglicherweise vermindert werden durch die stärkere Verwendung der Maschine. Da anzunehmen ist, daß die Steinindustrie mit starken Verlusten an mündlicher Arbeit zu rechnen hat, so würde den noch vorhandenen Kräften durch vermehrte Einführung der Maschinenarbeit nichts genommen. Und so auch bei allgemeiner Notlage nach dem Kriege wohl alle Fragestellungen des Kleinpflastersteinsollens, zu billigeren Straßenbaumaterialien und Kleinpflaster zu greifen, so würde eine rechtzeitig eingehende Werkschließung für das Kleinpflaster sehr viele dieser Körperkräfte leichter beschaffen können, als wenn man erst wartet, bis dieselben sich vielfach auf andere Verbräuche festgelegt haben.

Endlich sind wir auch der Ansicht, daß damit die deutsche Steinindustrie die Möglichkeit gewinnt, sich der schwedischen Bertenerung und wirksamer erwehren zu können, als das jemals durch einen Soll und Pflastersteine geschehen könnte.“

Wenn die Schweden die Pflastersteinsollens erheben, so verhält sich dies dem deutschen Steinarbeiter absolut nicht. Wir sehen überhaupt die Dinge ganz anders, wie Genosse Knoll. Eine Bemerkung vorweg. Die norddeutschen Städte haben mit großer Vorliebe, wegen des billigen Kleinpflastersteines, stets schwedisches Gestein verwendet. Städte wie Berlin, Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel, Sprottau usw. sind sich um unsere Eingabe sehr wenig gekümmert, in deren Verlangt wurde, daß die Pflastersteinsollens um die deutschen Steinindustrie zu gute kommen möchten. Es wurde der billige Preis für Kleinpflastersteine und das konnte nicht der Schweden sein. Diese Nichtberücksichtigung hat die deutsche Steinarbeiter vielfach empört und deshalb der veränderte Standpunkt innerlich unserer Reihen. Wenn die Schweden ihre Preise für Kleinpflastersteine erhöhen, so ist die Beunruhigung der Steinarbeiter keineswegs noch nicht zu verstehen, denn die deutsche Pflastersteinindustrie ist ebenfalls sehr leistungsstark. Denn aber glauben wir gar nicht daran, daß nach Kriegsende die Steinindustrie die großen Leistungen ausführen könnte. Es soll nicht verkannt werden, daß die Preise der deutschen Pflastersteine nach dem Kriege eine Steigerung erfahren werden, aber nicht viel mehr noch werden dürfen und die ausländischen Pflastersteine steigen, so daß auch das Kleinpflaster ein Vielfaches teurer werden wird. Wir können uns nach dem Kriege die Zurücksetzung durch große deutsche Steinlieferungen absolut nicht mehr gefallen lassen. Berlin, Sprottau usw. tragen keinen Deut darauf, ob der deutsche Kleinpflaster- und Grauarbeiter einen halbwegs ausreichenden Lohn erzielen kann. Nachdem die Städteverwaltungen jedes Entgegenkommen verweigern, so ist es dem Produzentenaußenhandelt nicht in den Vordergrund zu werden. Wir glauben aber nicht daran, daß die Städteverwaltungen sich nicht für die kleinen Städte kümmern werden, wenn die Kleinpflastersteine nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir haben auf dem 20.

1917. Das war kein bloßes Kommen der Arbeiterbewegung...

Der wichtigste Teil der Ausfertigung der Steinindustrie...

Leuerungszulagen in der Steinindustrie.

Die Zulagen für die Arbeiter in der Steinindustrie...

Die Zulagen für die Arbeiter in der Steinindustrie...

Wirtschaftliche Rundschau.

Bei der Abschluß der Wirtschaftsjahre, die im Jahre 1916...

Die Zulagen für die Arbeiter in der Steinindustrie...

Bei der Beurteilung des Wessens der Kriegsgewinne und Privat...

Gerade auch im Handel und ungemein große Gewinne von Firmen...

Nach während der letzten Berichtsperiode hat der Konzentrations...

Im Bergbau zeigt die Aufwertung kleinerer und mittlerer Be...

Mit einem verhältnismäßig geringen Anstieg ist in der Zeit...

Wochen (Märzland). Durch die drückende Preissteigerung...

- 1. Eine Lohnsteigerung von 20 Prozent für alle Akord- und Tagelöhner.

Das Schreiben ging am 20. Dezember 1917 an den Vorstand...

Die vereinigte Tarifkommission befaßt sich in einer Sitzung...

Für Steinbräuer und Plattensteinschläger eine Leuerungszulage...

Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie das Angebot nicht an...

In einer Sitzung der Tarifkommission wurde beschlossen, er...

Nach dem Beschluß der letzten Sitzung sollte nun der Schlicht...

Am 18. Februar fand unter dem Vorsitz des Landrats Herrn...

Die Leuerungszulagen während des Krieges belaufen sich nun...

Am 13. April wurden zum erstenmal die beteiligten Progenie...

Rundschau.

Neuer Syndikus im Deutschen Steinindustrieverband. Wir hatten...

Mitgliederrückgang. In Breslau ist die Zahl der Personen mit...

Die letzten und die wichtigsten Städte. Im Januar waren nach...

Vorstandsbeschlüsse.

Die Jagstlichen, die für dieses Mal eine Erhöhung der Leuerung...

Über die 3. Leuerungszulagenbewegung haben wir schon ein m...

Die Stellvertreter in den Ortsvereinen werden teilweise gar...

Die Ausführung unter allen Umständen bestehen, denn bei den...

Die vom Heere entlassenen Kollegen, sehr häufig auch m...

Die Ortsvereine müssen für eine pünktliche Einzahlung...

Quittung.

Vom 1. bis 15. April gingen bei der Hauptkasse folgende Ge...

Anzeigen.

Zwei tüchtige Steinmetzen auch Kriegsbeschäftigte, in allen vor kommenden Grabstein...

Mehrere Steinmetzen und Schlichter werden bei hohen Akkordtariflöhnen sofort für dauernd einge...

Steinmetzen und Schriftstauer in dauernde Stellung gesucht. Stundenlohn M. 1.25...

Tüchtiger Steinmetz auf Sandstein gesucht bei gutem Lohn und guter Landloft.

Suche einen tüchtigen erfahrenen Steinmetz für dauernde Arbeit.

Im Felde gefallen sind nachstehende Kollegen:

- Alois Albrecht, 37 Jahre alt, aus der Zahlstelle München.

Ehre ihrem Andenken!

(Wer erziehen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeugungsformular ausgefüllt wird)

Gestorben.

In Mainz am 7. April der Sandsteinmetz Heinrich Schleich, 50 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staubinger, Berlin. Paul Starke, beide in Leipzig.

Korrespondenzen.

Angsbürg. Unter Aufsicht wurde ab 1. Januar 1918 um...

Die Arbeiter in der Steinindustrie...